

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

X. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 13. bis 16. Juni 2012



Mit vereinten Kräften und unter Beobachtung der Landessynode pflanzen Landeskirchenamts-Vizepräsident Arend de Vries, Landesbischof Ralf Meister, Synodenpräsident Jürgen Schneider, Vizepräsidentin Wencke Breyer und Landessuperintendent Hans Christian Brandy im Innenhof des Landeskirchenamtes einen „Lutherbaum“. Mit dem Rotahorn übernimmt die Landeskirche anlässlich des Reformationsjubiläums 2017 zugleich die Patenschaft für einen Baum im Wittenberger Luthergarten. Bis dahin sind Kirchen aus aller Welt eingeladen 500 Lutherbäume zu pflanzen. (www.luthergarten.de)

Gemeinsame Kirche bleibt Ziel

Die hannoversche Landeskirche will am Ziel einer Evangelischen Kirche in Niedersachsen festhalten. Das Kirchenparlament beschloss jedoch zugleich einstimmig, den Konföderationsvertrag gegebenenfalls bis Ende 2013 zu kündigen. Bis Mai 2013 will sich die Landessynode über die rechtlichen Folgen informieren lassen. Der Rat der Konföderation wird gebeten, umgehend eine Arbeitsgruppe einzurichten, die darüber beraten soll, wie die Kirchen auch ohne Konföderation zusammenarbei-

ten könnten. In ihrer Tagung Ende Mai 2013 will die Landessynode dann endgültig über eine mögliche Kündigung entscheiden.

Vizepräsident Arend de Vries sagte, das Landeskirchenamt habe inzwischen ein Gutachten beim Kirchenrechtlichen Institut der EKD in Auftrag gegeben, um die Folgen einer Kündigung für die Landeskirche zu prüfen. Gleichzeitig wolle die Landeskirche das Gespräch nicht abreißen lassen. (*Weiter auf Seite 2*)

Aus dem Inhalt

Dramatischer Pfarrermangel steht bevor

Seite 3

Landesbischof Meister: Kirchen sind Hoffnungsträger

Seite 6/7

Religionsunterricht gerät unter Druck

Seite 10

Vielmehr müssten gemeinsame Wege für eine andere Form verbindlicher Zusammenarbeit gesucht werden, die zukunftssträchtiger seien als die in die Jahre gekommene Konföderation.

Landesbischof Ralf Meister verglich den Weg zu einer gemeinsamen Kirche mit der Besteigung eines Berges. „Seit 40 Jahren haben wir uns kommod im Basislager eingerichtet“, sagte er. Einige wagten schon, vom Gipfel zu träumen. Doch schon der erste Aufstieg sei leider misslungen.

„Wir müssen hartnäckig bleiben, denn eine gemeinsame Kirche in Niedersachsen muss unser Ziel bleiben“, betonte Meister. Er warb für ein transparentes Verfahren sowie einen fairen und ehrlichen Umgang mit den kleineren Kirchen. „Nur in einem vertrauten Team können wir uns einen solchen Aufstieg irgendwann zutrauen.“ 2009 war der Versuch, in der Konföderation eine einheitliche Kirche auf den Weg zu bringen, am Widerstand der kleineren Kirchen von Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie der Evangelisch-reformierten Kirche gescheitert.

Der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, betonte: „Die Organisationsform Konföderation ist an ein Ende gekommen.“ Im Parlament der 1971 gegründeten Konföderation würden Beschlüsse in der Regel ohne Aussprache nur abgenickt. Die kleineren Kirchen zögen sich zum Teil aus Gremien und aus der Finanzierung von Arbeitsfeldern zurück.

Bei einem Ausstieg aus der Konföderation soll die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Loccumer Vertrages aus dem Jahr 1955 geregelt werden. Darin haben sich die Kirchen verpflichtet, gegenüber dem Land Niedersachsen mit einer Stimme zu sprechen und Fragen wie die Theologen-Ausbildung, den Religionsunterricht oder die Denkmalpflege gemeinsam zu regeln.



Rolf Bade beim engagierten Vortrag

„Es ist Zeit, Neues zu wagen“

Die Behauptung, ohne Konföderation gebe es kein Gegenüber zum Staat, stimme nicht, unterstrich Jörn Surborg bei der Einbringung des LSA-Berichts. „Von 1955 bis 1971, also 16 Jahre, hat diese Aufgabe durchaus ohne Konföderation funktioniert.“ Die Konföderation sei von Anfang an als Zwischenschritt zu einer gemeinsamen Kirche angelegt gewesen. Der Synodenbeschluss sei ein klares Signal: „Wir werden die Kündigung vornehmen, darin sollte sich niemand täuschen.“ Nur so lasse sich in der inhaltlichen Zusammenarbeit etwas bewegen.

In der Aussprache sagte Rolf Bade: „Wir hängen am Loccumer Vertrag, wir hängen nicht an der Konföderation.“ Es sei Zeit, Neues zu wagen und Neues zu denken. Zwar meinten einige, die Konföderation habe noch eine Zukunft und könne weiterentwickelt werden. „Es gibt aber keine Ansätze, in welche Richtung diese Weiterentwicklung gedacht wird.“

Die Konföderation fortzuführen, bedeute „ein Festhalten an fünf Kirchenzäunen auf dem Gebiet des einen

Bundeslandes“, betonte Bade. „Hüten wir uns davor, die Zaunhaftigkeit des eigenen Denkens zum Programm zu erklären!“ Es sei den Gemeinden vor Ort nicht zu vermitteln, warum die lutherischen Kirchen in Niedersachsen sich vier Synoden und vier Landesbischöfe leisteten. Das koste Zeit und knappes Kirchensteuergeld. „Bevor die Verhältnisse uns zwingen, uns zusammenzuschließen, sollten wir die Verhältnisse beeinflussen.“ Es gebe Situationen, da könne nicht der letzte die Geschwindigkeit bestimmen, wenn der Aufstieg gelingen solle, sagte Bade: „Der letzte darf dann im Basislager verharren.“

Christa Elsner-Solar berichtete, sie werde von vielen Menschen auf die veralteten Strukturen der niedersächsischen Landeskirchen angesprochen: „Wir ringen um jeden Stellenanteil. Warum leisten wir uns drei- und vierfache Strukturen?“

Auch Elsner-Solar nahm das Bild des Landesbischofs vom Bergsteigen auf und fügte hinzu: „Manchmal muss man erst einmal wieder absteigen, um neu zu überlegen.“

Dramatischer Pfarrermangel steht bevor

Noch gibt es mehr Bewerber als Pfarrstellen. Doch das wird sich ändern, und zwar schneller und gravierender als bisher angenommen. Baldiges Umdenken ist gefordert.

Die Landeskirche rechnet in den nächsten Jahrzehnten mit einem dramatischen Nachwuchsmangel bei den Pastorinnen und Pastoren. In zehn Jahren könnte einer Hochrechnung zufolge bereits jede fünfte Pfarrstelle unbesetzt sein, bis zum Jahr 2030 sogar mehr als jede zweite. Es müsse dringend um Nachwuchs geworben werden, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeits- und Dienstrecht sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, Michael Gierow.

Zu den Ideen, mit denen junge Menschen für das Theologiestudium begeistert werden könnten, zählten „theologische Kurzakademien“ für Gymnasiasten in größeren Städten. Außerdem könnten Kirchengemeinden jungen Menschen etwa ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ anbieten und ihnen so die Chance geben, die Arbeit der Kir-

che näher kennenzulernen. Vor allem aber sei es wichtig, dass die Pastorinnen und Pastoren selbst für ihren Beruf werben, betonte Gierow. „Sie sollten von der Freude sprechen, der Welt die gute Nachricht bringen zu dürfen.“

Selbst wenn das alles erfolgreich sei, könnten langfristig längst nicht alle Stellen besetzt werden, mahnte der Ausschussvorsitzende. Darum müsse auch in die Fortbildung Ehrenamtlicher investiert werden.

Die Synodenmitglieder waren sich einig, dass schnell gehandelt werden müsse. Umstritten war aber der Vorschlag des Ausschusses, für zwei Jahre eine Projektstelle für einen Theologen oder eine Theologin zu schaffen, um für das Studium zu werben. Andere Landeskirchen gehen diesen Weg bereits. Wie das Konzept aussieht und finanziert werden kann, wird jetzt

geprüft. „Wir brauchen die Mittel im Haushalt, um in den kommenden zwei Jahren nicht nur zu planen, sondern schon etwas umsetzen zu können“, betonte Landesbischof Ralf Meister.

Rolf Bade sagte: „Bevor wir darüber nachdenken, eine neue Stelle einzurichten, sollten wir schauen, wo es bei vorhandenen Stellen Anknüpfungspunkte gibt.“ Als Beispiele nannte er die Schülerarbeit und die Berufsschulpastoren.

Die Landessynode will prüfen, ob ein Einstieg in den Pfarrberuf über den zweiten Bildungsweg wieder möglich werden kann. Es soll geklärt werden, ob für bis zu 40 Stellen im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ in Kirchengemeinden und christlichen Lebenszentren Mittel zur Verfügung gestellt werden können und ob Stipendien für Theologiestudierende möglich sind.

Nachwuchssorgen auch bei Diakonen und Kirchenmusikern

Auch bei den Diakoninnen und Diakonen und im Bereich der Kirchenmusik ist ein Fachkräftemangel abzusehen. Zu wenig junge Menschen beginnen ein Studium der Kirchenmusik, sagte Michael Gierow. Bei den Diakonen gibt es an der Hochschule Hannover zwar genügend Studienanfänger – nicht alle nehmen aber später eine Stelle bei der Kirche an.

Um für beide Berufe zu werben, soll geprüft werden, ob Förderprogramme für Berufsanfänger neu aufgelegt werden können. Dazu müssten für die Diakoninnen und Diakone rund zwei Millionen und für die Kirchenmusiker

1,6 Millionen Euro eingeplant werden. Bei den Musikern sollten vor allem Mitarbeiter gefördert werden, die nebenberufliche Musiker ausbilden, sagte Gierow. Auch nebenberufliche Chorleiter und Organisten würden dringend gebraucht. Die Landessynode bat das Landeskirchenamt zu prüfen, ob FSJ-Stellen zum Kennenlernen der Berufe geschaffen werden können.

Bei der Diakonenausbildung an der Hochschule Hannover bestehe die Sorge, dass religionspädagogische Anteile immer mehr zurückgedrängt werden, sagte Gierow. Kerstin Dede wies darauf hin, dass die Ausbildung

enorme Veränderungen durchlaufen habe. Während Pastoren mit einem zweijährigen Vikariat auf ihren Dienst vorbereitet würden, hätten Diakone nur ein einziges Jahr, in dem sie zudem auch den sozialpädagogischen Bereich abdecken müssten. „Hier hakt es.“

Angelus Müller rechnete vor, wieviel Geld die Landeskirche heute noch in die Diakonenausbildung an der Hochschule investiert. Es soll geprüft werden, ob diese Mittel noch gerechtfertigt sind, und ob noch genügend Diakone und Diakoninnen mit der ausreichenden Qualität für den Dienst in der Landeskirche ausgebildet werden.

Gebäudebestand leicht gesunken

Der Gebäudebestand der Landeskirche ist zum ersten Mal unter die Marke von 8.000 gesunken. Die 1.292 Kirchengemeinden unterhielten Ende 2011 insgesamt 7.984 Gebäude und damit 4,5 Prozent weniger als 2006, sagte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt. 4.514 Gebäude sind dabei kirchliche „Kerngebäude“ wie Kirchen, Gemeindehäuser und Pfarrhäuser, viele andere sind „Renditeobjekte“ wie vermietete Wohnungen. „Wir brauchen eine flächendeckende Gebäudebedarfsplanung“, forderte Schmidt.

Armin Schubert sagte als Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschusses, der Bedarf müsse durch die Kirchenkreise gesteuert werden. Dies sei unabdingbar und müsse als verpflichtende Aufgabe formuliert werden. Die Landeskirche müsse dafür Steuerungsinstrumente schaffen. Für Renditeobjekte müsse nachgewiesen werden, dass sie auf Dauer ohne Einsatz kirchlicher Mittel erhalten werden können.

Handlungsbedarf sieht Schubert bei den Sakralgebäuden. Hier bestehe ein Investitionsstau von 175 Millionen Euro bei abnehmenden Mitgliederzahlen und immer weniger finanziellen Ressourcen. Die Ausstattung sei regional sehr unterschiedlich und vor allem im Süden der Landeskirche ein Problem. Die Landeskirche müsse die Frage beantworten, ob sie investieren oder den Bestand verringern wolle.

Landessuperintendent Eckhard Gorka wies darauf hin, dass Kirchen für die Menschen emotional sehr wichtig seien: „Der Symbolwert toppt manches Sachargument.“ Das Landeskirchenamt soll nun zur Synodentagung Ende Mai 2013 einen Vorschlag für den Umgang mit Sakralgebäuden erarbeiten.



Armin Schubert legt die Position seines Ausschusses dar

Predigerseminar wird größer

Loccum wird für die Landeskirche in Zukunft noch wichtiger. Denn die evangelischen Kirchen in Niedersachsen und Bremen – mit Ausnahme der reformierten Kirche – wollen hier auf absehbare Zeit ihre Pastorenausbildung konzentrieren, sagte Vizepräsident Rolf Krämer. Auch Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Bremen hielten Loccum „für einen geistlichen Ort, der sich für die Ausbildung anbietet und das wünschenswerte spirituelle Klima schafft“.

Dafür müsse das Predigerseminar deutlich vergrößert und modernisiert werden. So müssten ein Bettenhaus, eine Bibliothek sowie Seminarräume und Büros entstehen. Unklar ist noch, ob die neuen Gebäude auf dem Gelände des Klosters oder neben der Akademie gebaut werden sollen. Für beide Optionen liegen erste Pläne vor. Die Landessynode muss sich im Herbst entscheiden. Über die Kosten lassen sich laut Krämer noch keine verlässlichen Angaben machen. Die Tagungsstätte der Akademie könne nicht alle Vikarinnen und Vikare aufnehmen.

„Eine große kirchliche Berufsgruppe, die Pastorenschaft, wächst zusammen“, unterstrich Krämer. „Das kann im Blick auf eine engere Partnerschaft der norddeutschen Kirchen kein Schaden sein.“ Der Ausbau der Loccumer „Zehntscheune“ zur Bibliothek – zuletzt Thema kontroverser Debatten – ist wegen unkalkulierbarer Kosten inzwischen vom Tisch.

Jörn Surborg forderte, die Loccumer Einrichtungen müssten zu einem Bildungscampus vernetzt werden. Wichtig sei eine neutrale Kostenschätzung. Die Kosten dürften nicht im Nachhinein immer weiter steigen. „Wir wollen keine Loccumer Elbphilharmonie.“

Bernd Ranke fragte, ob sich andere Landeskirchen an den Investitionskosten beteiligen wollten. Krämer erläuterte: Als direkter Zuschuss wohl nicht, aber indirekt über Abschreibungen schon. Christa Elsner-Solar wollte wissen, ob weitere Gebäude in Loccum genutzt werden könnten. Krämer sagte, die Heimvolkshochschule sei durchaus im Blick – die Bausubstanz sei aber nicht die beste.



Ausgelassene Stimmung herrschte bei der Fußball-Übertragung Deutschland gegen die Niederlande

Weniger Großevents in 2013

Die Landeskirche will sich im kommenden Jahr mit Großevents etwas zurücknehmen. 2013 werde nicht so groß gefeiert wie die Jahre zur Kirchenmusik oder zur Taufe, erläuterte Vizepräsident Arend de Vries. Das liege vor allem am Leitthema „Reformation und Toleranz“ der EKD. „Es erweist sich als ausgesprochen sperrig“, sagte de Vries. „Es wird sicherlich das Jahr, in dem wir uns mit den Schattenseiten der Reformation auseinandersetzen.“

Dazu planen die Loccumer Akademie und das Hanns-Lilje-Forum mehrere Veranstaltungen. Ein „Jazz-Theater“ und eine Wanderausstellung „Gesichter des Christentums“ sollen durchs Land ziehen. Außerdem will sich die Landeskirche am bundesweiten Videoprojekt „Orte der Toleranz“ beteiligen und Orte wie die Friedensstadt Osnabrück, die Gedenkstätte Bergen-Belsen oder das Antikriegshaus Sievershausen bei Hannover vorstellen.

Jenseits des Themenjahres sollen im März und September ein „Frauenmahl“ mit Tischreden zur Zukunft der Kirche sowie ein Frauentag zur Reformation stattfinden. Im Februar veranstaltet die Landeskirche gemeinsam mit dem Bistum Hildesheim den ökumenischen Kongress „Kirche²“. Im Mai feiert die Landessynode ihr 150-jähriges Bestehen. Auch ein „Tag der Kirchenvorstände“ und ein Schülerforum stehen wieder auf dem Programm.

Ein herausragendes Ereignis verspricht das Festjahr zum 850-jährigen Bestehen des Klosters Loccum zu werden. Die Kuratoren hätten dafür ein „hochkarätiges Programm“ auf die Beine gestellt, berichtete de Vries voller Begeisterung – unter anderem kämen die führenden Organisten Europas.

2015 will die Landeskirche wieder stärker bei den EKD-Themenjahren zur Reformation einsteigen. Der Schwerpunkt lautet dann: „Reformation und Bild“.

Landeskirche will Wahlen analysieren

Die Landeskirche will die Kirchenvorstandswahlen vom vergangenen März gründlich analysieren, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Der geistliche Vizepräsident Arend de Vries kündigte im Anschluss an das Resümee von Pressesprecher Johannes Neukirch zu den Wahlen ein Forschungsvorhaben des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD an.

Hierbei sollen in den evangelischen Landeskirchen von Rheinland, Westfalen, Lippe und Hannover die Bedingungen untersucht werden, unter denen Menschen sich zukünftig in der Leitung von Kirchengemeinden engagieren wollen. Das könne bis zu zwei Jahre dauern. „Danach können wir in aller Ruhe überlegen, was wir tun können, um die Bereitschaft der Menschen zur Mitarbeit für die nächsten Wahlen zu erhöhen“, sagte de Vries.

Meister: „Kirchen sind die mutigsten

Vom demografischen Wandel und der Rolle der Kirchen im Land über das
In seinem Bericht vor der Landessynode spannte Landesbischof Ralf M

Meister rief die Kirche dazu auf, in einer sich wandelnden Gesellschaft beweglich zu bleiben. Schrumpfende Bevölkerungszahlen stellten die Kirchen in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen. Er sei dennoch überzeugt, dass die Kirchen „die mutigsten Hoffnungsträger“ im Land blieben: „Es gibt keine andere Einrichtung, die in freier Trägerschaft so nah bei den Menschen ist.“ Das Christentum sei eine Wanderreligion, betonte der Bischof. Die Kirche sei jedoch weitgehend ortstreu: „Diese Spannung müssen wir aushalten. Aber wir müssen aufpassen, dass diese Standorttreue nicht zu einem zwanghaften bewahren des Status quo wird.“

Bis 2060 sollen in Niedersachsen einer Studie zufolge mit 6,1 Millionen Einwohnern rund 1,7 Millionen Menschen weniger leben als heute. Angesichts dieser Entwicklung werde die

Kirche in Zukunft mobiler werden, sagte der Landesbischof. „Es wird eine Kirche ‘bei Gelegenheit’ sein, die nicht fortdauernd jedem Gläubigen an der Seite sein wird und die doch an den entscheidenden Lebens- und Wegabschnitten präsent ist.“

Voraussichtlich seien künftig nicht mehr Tausende von kirchlichen Gebäuden nötig, unterstrich Meister: „Wir brauchen vermutlich nur einige hundert, von denen wir die Gewissheit haben, dass sie noch Jahrzehnte oder Jahrhunderte vom christlichen Glauben erzählen.“ Dazu gehörten für ihn auch die christlichen Schulen.

Weiterhin kritisierte Meister das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld. Die Eltern hätten keine wirkliche Wahlfreiheit, weil nicht genügend Krippenplätze zur Verfügung stünden. Eine wirkliche Wahl bestehe erst, wenn überall der Rechtsanspruch auf



Landesbischof Ralf Meister

einen Krippenplatz erfüllt werden könne und die Summe deutlich höher ausfalle. In seiner jetzigen Form sei das Betreuungsgeld „integrationshinderlich“. Es halte vor allem Eltern mit ausländischen Wurzeln davon ab, ihre Kinder in eine Krippe zu geben.

Wichtiges in Kürze

Bei schweren Konflikten, die zur Entlassung von Kirchenvorstehern oder zur Auflösung des Vorstands führen können, sollen die Vorsteher künftig zunächst ermahnt werden. Nur bei erheblichen Pflichtverletzungen können sie sofort entlassen werden. Die Landessynode will dazu Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Verletzen die Vorstände ihre Pflicht, soll es aber möglichst werden, ihnen die Ausübung des Amtes vorläufig zu untersagen. Das soll verhindern, dass sie Verfahren zu ihrer Auflösung hinauszögern.

Die Landessynode hat Ergänzungen zum viel diskutierten Pfarrerdienstgesetz der EKD beschlossen – und ist dabei in vielen Punkten vom Entwurf des Kirchensenates abgewichen. Dazu gehören etwa die Perspektivgespräche des Superintendenten mit Gemeindepfarrer und Kirchenvorstand nach zehn Jahren im Pfarramt oder bei verfahrenen Situationen. Sie sollen künftig ein Jahr nach einer Visitation stattfinden, nicht mehr direkt bei der Visitation. Das sei nicht ratsam und überlaste die Visitatoren, sagte Michael Gierow.

Für Pastorinnen und Pastoren wird die Altersgrenze für ihren Antrag auf Pension von 63 auf 60 Jahre gesenkt. Staatlichen Regelungen entsprechend soll dabei der Versorgungsabschlag von 3,6 Prozent pro Jahr vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze von künftig 67 Jahren beibehalten werden.

Der Finanzausschuss legte einen Bericht über die Zusatzversorgungskasse zur betrieblichen Altersversorgung vor. Das Plenum stimmte der Empfehlung zu, die Schließung der Deckungslücke um fünf Jahre zu verschieben.

„Besten Hoffnungsträger im Land“

Das Betreuungsgeld bis zum Streit um ein mögliches Endlager in Gorleben: Meister einen weiten Bogen mitten in das gesellschaftliche Leben hinein.

Für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland forderte der Theologe eine „außergewöhnliche Transparenz“. Bei den weiteren Beratungen zu einem Standort-Auswahlgesetz sei es eine Schlüsselfrage, wie Betroffene einbezogen werden. Dies sei eine Lehre aus den Konflikten um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ und aus den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen im wendländischen Gorleben.

„Die Erfahrungen, die ich aus den Gesprächen in Gorleben gehört habe, fordern eine neue Qualität der Beteiligung“, betonte Meister. Die politische Vermittlung des weiteren Verfahrens bleibe eine Herausforderung. Jeder Schritt müsse überzeugend kommuniziert werden. Dabei könne die Kirche eine wichtige Rolle übernehmen. Die Kirchengemeinden hätten über Jahre ihre Vermittlungskompetenz gezeigt.

In der Aussprache sagte Superintendent Michael Thiel, der Bericht gebe wichtige Anregungen für die weitere Synodendebatte: „Das ist ein guter Resonanzboden für manches andere Thema dieser Tage.“ Er bestätigte die Beobachtung, dass viele Menschen eine emotionale Bindung an die Kirchengebäude ihrer Heimat hätten. Das gelte nicht nur für historische Kirchen, sondern auch für neuere Bauten. Für ihn stelle sich aber die Frage, wie mit Menschen umgegangen werden könne, die zwar ihr Kirchengebäude mitfinanzieren wollen, zugleich aber aus der Kirche ausgetreten sind.

Fritz Hasselhorn unterstrich, Meisters Worte seien auch tröstend für die Menschen, die von den gesellschaftlichen und kirchlichen Umwälzungsprozessen betroffen seien.

Christian Castel äußerte die Sorge, dass bei der Betreuung von Kindern in

Krippen und Tagesstätten eine ähnlich angespannte Situation entstehen könnte wie in der Pflege.

Elisabeth Weiß forderte, die Kirche sollte zumindest in ihren eigenen Krippen versuchen, einen besseren Betreuungsschlüssel zu erreichen. Zwei Erzieherinnen für 14 Kinder seien ein Skandal. Karin Köhler freute sich, dass der Bischof die Arbeit der Familienzentren hervorhob. Auch die Familienbildungsstätten seien wichtig, weil sie vorbeugende Arbeit leisteten.

Theda Kruse sagte, die Finanzierung der Beratungsstellen für Ehe, Leben und Erziehung müsse erneut geprüft werden. Sie lobte Meisters Beitrag zur Suche nach einem Atommüll-Endlager. Es sei gut, dass der Landesbischof die Endlagersuche als gesamtgesellschaftliches Problem benannt habe. „Das zieht uns aus dem St. Floriansprinzip heraus.“

Kirchliche Dienststellen sollen größere Freiräume für die Bewertung der Aufgabengebiete von Kirchenbeamten und ihre Einordnung in Besoldungsgruppen erhalten. Ein Gesetz dazu wurde in mehrere Ausschüsse überwiesen. Es ist bei Zusammenlegungen von Kirchenkreisämtern bedeutsam.

Das Landeskirchenamt soll künftig einzelne Verwaltungsaufgaben flexibler an andere Kirchenbehörden oder Stellen delegieren können. Ein entsprechendes Gesetz wurde in den Rechtsausschuss überwiesen.

Die Pastorenschaft im Stadtkirchenverband Hannover soll künftig in einem Gesamtkonvent zusammenkommen – nicht mehr getrennt nach den Amtsreichen der Superintendenten. Das sieht eine Änderung des Verbandsgesetzes vor, die der Rechtsausschuss empfiehlt. Danach vertreten sich die Superintendenten gegenseitig, aus den Reihen der Pastorenschaft werden weitere Stellvertreter gewählt. Das alte Verbandsgesetz soll aufgehoben werden. Stattdessen wird die Kirchenkreisordnung um Sonderregelungen für den Verband ergänzt.

Kirchenkreistage können künftig selbst entscheiden, ob Gastmitglieder in Ausschüssen ein Stimmrecht haben oder nicht. Die Landessynode beschloss, die Kirchenkreisordnung entsprechend zu ändern. Gastmitglieder werden häufig wegen ihrer besonderen Sachkunde berufen, sagte Knut Laemmerhirt vom Kirchensenat. Es stoße jedoch oft auf Unverständnis, dass sie nicht mitabstimmen dürften, obwohl sie engagiert mitarbeiten. Der Rechtsausschuss hatte sich die Regelungen anderer Landeskirchen angesehen.

Innovationsfonds arbeitet weiter

Die Landessynode hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, den Innovationsfonds über das Jahr 2012 hinaus fortzuführen. Der Vorsitzende des Kuratoriums, Ulrich Wöhler, zog eine positive Bilanz der vergangenen neun Jahre: „Es erfordert Mut, sich trotz des Spardiktats neuen Aufgaben zu stellen und damit zukunftsfähig zu bleiben.“ Auch der Antrag von Karin Köhler zu prüfen, ob das Projekt Heide-Park in Soltau nach Ablauf der Förderfrist weiter unterstützt werden soll, fand eine Mehrheit. Als einzige Diakonin in einem norddeutschen Freizeitpark entwickle Anke Rieper hier fantasievolle Ideen, um für die Kirche zu werben.

„Kein Kind darf verloren gehen“

Mit dem Projekt „Zukunft(s)gestalten“ wurden seit 2008 mehr als zwei Millionen Euro in den Kampf gegen Kinderarmut investiert. 1,5 Millionen davon stellte die Landessynode zur Verfügung. Sie fördert damit Projekte, die Gemeinden, Kirchenkreise und Einrichtungen gemeinsam mit Partnern initiiert haben, mit bis zu 85 Prozent. Für neue Projekte stehen derzeit noch 322.600 Euro zur Verfügung. 175 Paten und Patinnen sowie Firmen haben bisher mehr als 355.000 Euro gespendet.

Die Landessynode will prüfen, wie das Projekt in den nächsten beiden Jahren fortgesetzt werden kann. Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track mahnte: „Wir können es uns nicht erlauben, dass auch nur ein einziges Kind verloren geht.“

Inklusion: Die Barrieren müssen weg

Die Landeskirche will in allen Bereichen ihrer Arbeit das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen umsetzen. „Es geht um ein Gesamtkonzept zur Inklusion“, sagte der Vorsitzende des Diakonie- und Arbeitsweltausschusses, Thorsten Tillner. „Da stehen wir erst am Beginn und brauchen ein Fundament.“ Das Schwierigste dabei sei, die Barrieren in den Köpfen zu beseitigen. „Es braucht jemanden, der den Hut auf hat und Zeit dafür“, sagte Tillner.

Er warb für den Vorschlag des Ausschusses und des Diakonischen Werkes, einen Pastor oder eine Pastorin zunächst für fünf Jahre in einer Referentenstelle anzustellen. Ob diese Stelle nötig ist, und wie sie besetzt werden kann, darüber wurde kontrovers diskutiert.

Rolf Bade vertrat die Ansicht, zunächst müssten diejenigen fortgebildet werden, die vor Ort die Arbeit leisteten. „Wesentlich muss es sein, diejenigen zu stärken, die damit umzugehen haben.“ Diakoniedirektor Christoph Künkel warb dagegen für die neue Stelle. Bisher gebe es in der Landeskirche niemanden, der fachlich auf der Höhe sei, mahnte er. In der ganzen EKD fehlten noch Modelle. Er selbst hat ein Papier zu theologischen Fragen der Inklusion verfasst.

Die Landessynode beschloss, zu prüfen ob Haushaltsmittel für die beiden kommenden Jahre eingestellt werden können. „Damit haben wir noch nicht gleich die Stelle beschlossen“, sagte Tillner. Ein Konzept müsse noch folgen. Christa Elsner-Solar wünschte sich, dass sich neben Theologen auch Interessenten mit anderer Ausbildung bewerben können. Die Landessynode beschloss, das Anforderungsprofil entsprechend zu erweitern.



In ihren Kindertagesstätten leiste die Landeskirche mit 185 integrativ arbeitenden Gruppen bereits Vorbildliches, sagte Künkel. Bis zu 400 Kinder mit Behinderungen besuchten die evangelischen Kindertagesstätten. „Aber Inklusion geht erheblich darüber hinaus. Es bedeutet eine Änderung im Denken.“ Deshalb wurde ein Fortbildungskonzept erarbeitet. Es sieht vor, zunächst zwei bis drei Kindertagesstätten-Leiterinnen pro Sprengel längerfristig zu schulen. Sie sollen dann ihr Wissen weitergeben. Zudem sind Seminare in den Tagesstätten und Kirchenkreisen geplant.

Der Finanzierungsplan, der für die kommenden beiden Jahre 93.000 Euro dafür vorsieht, soll jetzt geprüft werden. Rolf Bade mahnte, nicht allein an die Kindertagesstätten zu denken. „Auch für die evangelischen Schulen sind wir in der Verpflichtung, Inklusion umzusetzen.“ In Niedersachsen sollen behinderte Kinder von 2013 an einen Rechtsanspruch auf einen Platz an der Regelschule haben, wenn die Eltern dies wünschen.

Die fremde Muttersprache der Kirche

Wie eng sind Kirche und Diakonie verzahnt? Wo rücken sie vielleicht weiter auseinander, als beiden gut tut? Diese Fragen erörterte Diakoniedirektor Christoph Künkel in seinem Bericht.

Wie gewinnt der christliche Glaube in der Gesellschaft Gestalt? In Umfragen sei die Antwort darauf meist klar, sagte Künkel: durch die Diakonie. Dennoch werde die Diakonie oft als eine „fremde Muttersprache der Kirche“ angesehen – als etwas, was den Profis überlassen werden sollte. „Diese Tendenz wird es immer geben, ihr ist entgegenzuwirken.“

Es gelte grundsätzlich, die Stimme für die Gestaltung einer gerechten Welt zu erheben, betonte Künkel. Für die hannoversche Diakonie bedeute das, gegen Armut einzutreten. Sie setze sich zum Beispiel dafür ein, dass das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bedürftige Kinder auch wirklich erreiche. Eine menschenwürdige Pflege und die Professionalisierung der Sterbebegleitung sind nach Ansicht von Künkel weitere zentrale Themen. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbes auf dem Sozialmarkt stoße die Diakonie dabei jedoch auch an Grenzen.

Künkel erinnerte an den Streit um das Arbeitsrecht in der niedersächsischen Diakonie. Er warb für ein Festhalten am „Dritten Weg“. Dieser sei den von den Gewerkschaften für den Sozialmarkt ausgehandelten Tarifverträgen überlegen. „Verdi hat erheblichen Anteil daran, dass die Tarifbindung in diesem Bereich völlig zerschlagen ist.“ Die Löhne in der Diakonie lägen über dem, was andere Wohlfahrtsverbände und private Träger zahlten.

„Wir haben aber auch einen Mangel an einer ausgefeilten diakonischen Betriebskultur“, räumte Künkel ein. „In einer Einrichtung hat mich eine Pflegekraft gefragt, sind wir wirklich Kirche?“



Diakoniedirektor Christoph Künkel berichtet

Es gebe eine Sehnsucht nach Spiritualität, aber auch einen Traditionsabbruch. Es werde schwieriger, Mitarbeiter zu finden, die einer christlichen Kirche angehören. Identifikation zu schaffen, sei eine große Aufgabe.

Der Begriff der „Dienstgemeinschaft“ müsse neu mit Leben gefüllt werden, sagte Christian Sundermann: „Das ist unsere kirchliche Mitte. Wir sind gemeinsam unterwegs für andere.“

Gunda Meyer sieht die Arbeitgeber in der Pflicht: „Das diakonische Profil kann man einüben.“ Der geistliche Vizepräsident Arend de Vries empfahl, Kontakt zum Haus kirchlicher Dienste aufzunehmen, das Glaubenskurse anbietet. Innerhalb der EKD werde es eine breite Diskussion geben, ob eine Kirchenmitgliedschaft für Mitarbeiter zwingend bleiben muss. Bischof Ralf

Meister will im Grundsatz an dieser sogenannten Loyalitätsrichtlinie festhalten. „Aber es wird in Zukunft mehr Ausnahmen geben.“ Meister erinnerte an die Situation im Osten Deutschlands mit immer weniger Kirchenmitgliedern.

„Man müsste sonst sagen, evakuiert die neuen Bundesländer aus der Diakonie. Das wäre die Ehrlichkeit in der Konsequenz.“ Gunda Dröge warb dafür, weiter auf christlich profilierte Mitarbeiter zu setzen: „Sonst begeben wir uns in die Beliebigkeit.“

Künkel erläuterte auf Nachfrage den Stand der Verhandlungen für ein gemeinsames Diakonisches Werk in Niedersachsen. Mittlerweile würden Gremien formiert. Er bedaure, dass sich das Diakonische Werk in Oldenburg nicht beteiligen wolle. Es sei weiter zur Mitarbeit eingeladen.

Glaubenskurse laufen gut

Die Kampagne „Erwachsen glauben“ ist ein Erfolg. Bis zum Ende des Jahres werden rund 4.500 Menschen an den Glaubenskursen teilgenommen haben, sagte Oberlandeskirchenrat Klaus Grünwaldt. In 160 Gemeinden wird es dann insgesamt 118 Kurse gegeben haben. Für die kommenden Jahre sind bereits weitere angefragt.

Vor allem weil die Kursmodelle so vielfältig sind, wurden zu 35 Prozent auch Menschen erreicht, die vorher keinen Kontakt zu einer Kirchengemeinde hatten. „Das ist ein sensationelles Ergebnis.“ Für ein verlässliches Angebot müssten jedoch neue Kursleiter

ausgebildet werden. „Außerdem wollen viele Teilnehmer am Ball bleiben“, sagte Grünwaldt. „Wir müssen darüber nachdenken, wohin wir die Absolventen weiter einladen. Das Hauskreismodell muss für unterschiedliche Milieus fortentwickelt werden.“ Es soll ein Konzept entwickelt werden, um für die Regionen Multiplikatoren auszubilden. Zudem wäre es gut, wenn mehr Gemeinden ihre Kurse auf der Internetseite bekannt machen würden, sagte Grünwaldt. Superintendent Michael Thiel unterstrich, die Kurse seien eine gute Möglichkeit, um das Evangelium unter die Menschen zu bringen.

Landeskirche geht auf Hochschulen zu

Die Landeskirche will noch stärker als bisher das Gespräch mit den Hochschulen suchen. „Wenn wir uns weiter als Kirche für das Volk begreifen wollen, müssen wir die Studierenden und Lehrenden in den Blick nehmen“, betonte Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track. Sie bestimmten in besonderer Weise die Zukunft mit. „Es ist wichtig, diese Menschen für den Glauben zu gewinnen oder ihnen deutlich zu machen, wofür Kirche im öffentlichen Raum steht.“

Der Dialog von Glaube und Wissen müsse engagiert geführt werden. Dafür will die Landeskirche an wechselnden Standorten ein regelmäßiges „Forum Hochschule“ mit akademischen Gesprächen etablieren. Zudem soll es alle drei Jahre eine zentrale Veranstaltung in Hannover geben.

Gäfgen-Track berichtete über evangelische Angebote an den Hochschulen in Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück und Clausthal-Zellerfeld. Oberlandes-

kirchenrat Michael Wöller und Professor Reinhard Feldmeier schilderten die Arbeit in Göttingen.

In der Aussprache regte Gerd Bohlen an, den Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission an den Überlegungen zu beteiligen. Rolf Bade räumte ein, die Hochschularbeit sei durch die Einsparungen seit 2006 „ganz schön hart rangenommen worden“. Sie verdiene heute neue Aufmerksamkeit.

Ruth Scheffler-Hitzegrad begrüßte es, dass den Kirchenkreisen Konzepte für „Evangelische Bildungslandschaften“ von der Arbeit mit Kindern bis zur Hochschule entwickelt werden sollen. Die Angebote müssten nahtlos ineinandergreifen. Ein „Flickenteppich“ ohne roten Faden und Vernetzung sei zu wenig. Die Landessynode beschloss auf Antrag von Jörn-Michael Schröder, das „Forum Hochschule“ nach zwei Jahren zu evaluieren. Vorläufige Ergebnisse sollen der Landessynode bereits im Herbst 2013 berichtet werden.

Religionsunterricht in Gefahr

Der Religionsunterricht an Schulen gerät nach Angaben von Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track zunehmend unter Druck. Den Schulen bereite es Mühe, die Schüler nach evangelischer, katholischer und anderer Konfession zu trennen, sie wollten die Kinder und Jugendlichen lieber gemeinsam unterrichten. „Wenn wir nicht den Anschluss an die Realität verlieren wollen, müssen wir den Unterricht weiterentwickeln und überlegen, wie er an die Situation angepasst werden kann, ohne seine Identität zu verlieren“, unterstrich Gäfgen-Track. Sie erinnerte an Bestrebungen der Grünen, Religion in ein Fach für alle zu verwandeln.

Rolf Bade sagte, dass heute auch Orthodoxe, Juden und Muslime ihren Rechtsanspruch auf Religionsunterricht erhöhen. „Das bricht in der Schule alle organisatorischen Formen auf. Das überfordert jede Schule.“ Es sei deshalb ratsam, stärker mit der katholischen Seite zu kooperieren. Bade appellierte zugleich an die Kirchengemeinden, den Lehramtsstudierenden Plätze für ein Praktikum zur Verfügung zu stellen. „Praktika machen deutlich, wie Kirche konkret ist. Viele Studierende haben mit der konkreten Kirche wenig Erfahrung.“

Auf Antrag von Kerstin Dede beschloss die Landessynode, die Suche nach neuen Religionslehrern mit der Nachwuchsförderung für Pastoren, Diakone und Kirchenmusikern zu verknüpfen. Kerstin Gäfgen-Track betonte jedoch: „Religionslehrer ist kein kirchlicher Beruf.“ Es gehe um Allgemeinbildung in Übereinkunft mit den Religionsgemeinschaften und nicht darum, einen „missionarischen Horchposten an der Schule“ zu installieren.

Visitation wird neu ausgerichtet

Die Landessynode will die Visitation von Kirchengemeinden völlig neu ausrichten. „Sie ist heute keine Kontrolle mehr, sondern eine Ermutigung zum Gemeindeaufbau“, sagte Knut Laemmerhirt vom Kirchensenat. Sie sei ein „geschwisterlicher Besuchsdienst“. So soll der Visitator keine Fragebögen mehr ausfüllen, sondern zeitnah einen Gemeindebericht vorlegen. Es gehe nicht darum, den Pfarrer zu beurteilen. Gerd Bohlen stimmte dem zu, störte sich aber an Details der geplanten Rechtsverordnung. So solle der Pastor eine Woche vorher die Visitationspredigt in dreifacher Ausfertigung einreichen. „Das geht schlicht an der Realität vorbei.“ Michael Thiel betonte, bei der Visitation gehe es auch darum, Missstände abzustellen. Dieser Aufsichtsaspekt müsse im Gesetz transparent formuliert werden.

Landeskirche braucht IT-Konzept

Oberkirchenrat Fabian Spier hat sich für klare Regeln und eine stärkere Einheitlichkeit beim Konzept für die Informationstechnologie in der Landeskirche ausgesprochen. In seinem Zwischenbericht unterstrich der verantwortliche Referent für die IT-Technik: „Wir brauchen ein gemeinsames Konzept und können uns künftig keinen Wildwuchs mehr leisten.“ Ziel sei es, eine einheitliche Struktur auf allen Ebenen zu schaffen. Bis zur Herbsttagung 2013 soll eine Lenkungsgruppe berufen werden. Ihr sollen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter angehören.



Lebhafte Gespräche beim Besuch im Haus kirchlicher Dienste

300.000 Euro für mehr Qualität

Kirchengemeinden können auch in den nächsten fünf Jahren freiwillig an einem Projekt zur Qualitätsentwicklung teilnehmen. Die Landessynode bat das Landeskirchenamt zu prüfen, ob dafür 60.000 Euro pro Jahr bereitgestellt werden können. Ein Pilotprojekt mit zwölf Gemeinden habe äußerst positive Ergebnisse gebracht, sagte Gerd Bohlen als Vorsitzender des Ausschusses für Theologie, Kirche und Mission. Bedenken, ob dieses Instrument aus der Wirtschaft zur Kirche passe, hätten sich zerstreut. „Es geht nicht um Qualitätskontrolle, auch nicht um Qualitätsmanagement, sondern um Qualitätsentwicklung“, betonte Bohlen. Die Gemeinden erhielten standardisierte Verfahrensvorschläge für regelmäßige Arbeitsvorgänge, die zu mehr Transparenz und Verlässlichkeit führen sollen. Das räumte auch Eckart Richter ein, ein früherer Kritiker des Projekts. „Ich habe gelernt, die ökonomische Brille

abzunehmen“, sagte der gelernte Kaufmann, der sich bei Projektgemeinden erkundigt hatte. Es gehe nicht darum, aus der Kirche ein Profitunternehmen zu machen. Die Gemeinden erhielten vielmehr wertvolle Tipps, etwa für die wirkungsvolle Gestaltung von Gemeindebriefen oder Schaukästen.

„Kurz nach Pfingsten brauchen wir keine Angst zu haben, dass der heilige Geist durch den Geist der Ökonomie ersetzt wird“, sagte Richter schmunzelnd. In der Verwaltung seien solche Instrumente gang und gäbe.

Auch Vizepräsident Arend de Vries zog ein positives Fazit des anfangs umstrittenen Pilotprojektes: „Das Wagnis hat sich gelohnt.“ Petra Utermöller sprach von einem „guten Instrument“, das möglichst viele Gemeinden entdecken sollten. Gerd Bohlen dankte Eckart Richter für seine anfängliche Kritik: „Dadurch haben wir Fehler vermieden, die wir sonst hätten machen können.“



Ulrich Wöhler und Christa Elsner-Solar wurden ins Präsidium der Landessynode gewählt



Präsident Jürgen Schneider begrüßt Hildegard Holtorf und verpflichtet sie auf ihre künftigen Aufgaben

Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten, bestellen Sie dies bitte beim Lutherischen Verlagshaus GmbH, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736, Fax 0511/1241-705, E-Mail synode@lvh.de

Hildegard Holtorf kehrt zurück

Die Landessynode konnte ein neues Mitglied in ihrer Mitte begrüßen: Hildegard Holtorf aus Bassum bei Bremen rückte für Cord Bockhop nach, der zum Landrat in Diepholz gewählt wurde und deshalb sein Mandat niederlegte. Die Geschäftsfrau gehörte bereits von 2003 bis 2007 der 23. Landessynode an. Sie arbeitet künftig im Finanzausschuss sowie als Gast im Jugendausschuss und im Umwelt- und Bauausschuss mit. Auch Hella Mahler ist zwischenzeitlich aus der Landessynode ausgeschieden. Als neue Gleichstellungsbeauftragte der Landeskirche nimmt sie aber dennoch weiter an den Sitzungen teil. Durch die beiden Wechsel veränderte sich auch das Präsidium. Auf Vorschlag des Geschäftsausschusses rückten als Schriftführerin Christa Elsner-Solar aus Hannover und als Schriftführer Superintendent Ulrich Wöhler aus Holzminden nach.

*Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers vom
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30175 Hannover*

*Redaktion:
Ulrike Millhahn (verantwortlich)
Michael Grau, Karen Miether,
Charlotte Morgenthal
Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,
Lutherisches Verlagshaus
Fotos: Jens Schulze
Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen*

*Unter Mitwirkung der
Öffentlichkeitsbeauftragten
www.landeskirche-hannovers.de*